

The German Half-Day Model: A European Sonderweg? The 'Time Politics' of Child Care, Pre-School and Elementary School Education in Post-War Europe

Veranstalter: Cristina Allemann-Ghionda (University of Cologne, Institute of Comparative Education and Social Sciences); Karen Hagemann (University of North Carolina at Chapel Hill, Department of History); Konrad H. Jarausch (Center for Research on Contemporary History (ZZF))

Datum, Ort: 01.03.2007-03.03.2007, Potsdam

Bericht von: Monika Mattes, Zentrum für zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF)

Über die Bedeutung ganztägiger, qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung in Kindergarten und Grundschule für die Bildungschancen von Kindern sowie für die „soziale Staatsbürgerschaft“ von Frauen besteht heute zumindest rhetorisches Einvernehmen unter den Regierungen Europas. Selbst in Ländern wie der Bundesrepublik oder Österreich, die eine ausgeprägte Tradition des Halbtagsmodells aufweisen, hat ein Umdenken eingesetzt und sollen ganztägige Angebote im Grundschulbereich verstärkt gefördert werden. Welche Reformen jedoch in der Praxis zu realisieren und durchsetzbar sind, ist eine andere Frage. Die derzeitigen Bestrebungen, die europäischen Bildungssysteme auch in ihrer „Zeitpolitik“ stärker zu harmonisieren, stoßen in den jeweiligen nationalen Kontexten auf höchst heterogene Ausgangslagen.

Die Zeitpolitiken in der Kinderbetreuung im Kindergarten- und Grundschulbereich zu analysieren und dabei Ost- und Westeuropa miteinander zu vergleichen, war das Ziel der Konferenz „The German Half-Day Model: A European Sonderweg? The 'Time Politics' of Child Care, Pre-School and Elementary School Education in Post-War Europe“, die vom 1. bis zum 3. März 2007 in Köln stattfand. Die Konferenz war die zweite von zwei Veranstaltungen im Rahmen eines von der Volkswagen-Stiftung geförderten und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützten Forschungsprojektes zum Thema „Das deutsche Halbtagsmodell: Ein Sonderweg in Europa? Eine Analyse der Zeitpolitiken öffentlicher Bil-

dung im Ost-West-Vergleich (1945-2000)“, das von der Erziehungswissenschaftlerin Cristina Allemann-Ghionda (Universität zu Köln) und den HistorikerInnen Karen Hagemann (Technische Universität Berlin und University of North Carolina at Chapel Hill), und Konrad H. Jarausch (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und University of North Carolina at Chapel Hill) durchgeführt wird. Bereits vor einem Jahr wurden auf dem internationalen und interdisziplinären Workshop „Welfare State Regimes, Public Education and Child Care – Theoretical Concepts for a Comparison of East and West“, der am 31. März und 1. April 2006 im Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam stattfand, Forschungsergebnisse und theoretisch-methodologische Ansätze aus verschiedenen Disziplinen vorgestellt und diskutiert.¹

Eröffnet wurde die Konferenz durch zwei Beiträge der Projektinitiatorinnen. Cristina Allemann-Ghionda unterstrich dabei den Nachholbedarf, den es zum Thema Zeitpolitik in der vergleichenden Forschung gebe und betonte die Bedeutung, die international vergleichende Forschungsergebnisse im Hinblick auf Innovation haben. Karen Hagemann skizzierte Zielsetzung, Fragestellungen und Forschungsdesign des Projekts. Gefragt werde im europäischen Ost-West-Vergleich nach den Ursachen für die weit reichenden Differenzen, aber auch grenz- und systemüberschreitenden Gemeinsamkeiten in den nationalen Diskursen und Politiken zur Zeitstruktur der öffentlichen Bildung im Vor- und Grundschulbereich seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Von besonderem Interesse sei aus der bundesdeutschen Perspektive die Frage, inwieweit und warum sich das im deutschsprachigen Raum nach wie vor vorherrschende Halbtagsmodell zu einem Sondermodell in Europa entwickeln konnte, und welche Chancen vor dem Hintergrund der ausgeprägten Tradition des Halbtagsmodells die aktuellen Reformversuche haben.

Der erste Panel „Gender, Child Care and Schools“ umfasste zwei Vorträge zum Verhältnis von Geschlecht, Kinderbetreuung und Schule. Die Soziologin Karin Gottschall (Uni-

¹ Siehe dazu den bei H-Soz-u-Kult erschienenen Tagungsbericht unter: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1130>

versität Bremen) betrachtete in ihrem Vortrag unter dem Titel „Understanding Public Education Regimes from a Gender Perspective – Potentials and Pitfalls of Different Approaches“ das öffentliche Bildungssystem als Teil des nach Geschlecht hierarchisierten Arbeitsmarktes und griff damit eine bislang vernachlässigte Perspektive auf. Das öffentliche Bildungssystem sei mit dem Arbeitsmarkt in zweifacher Weise verbunden, zum einen indem es die grundlegende Bildung der zukünftigen Arbeitskräfte liefere, zum anderen stelle es Arbeitsplätze im Bereich Schule, Kinderbetreuung, Sozialarbeit bereit. Obwohl in der Bundesrepublik Frauen im Bildungssystem nachgezogen hätten, bilde sich dies nicht in den Beschäftigungsmustern ab. Die Erziehungswissenschaftlerin Cristina Allemann-Ghionda stellte in ihrem Vortrag „Modernizing Policies and Setting Standards through Comparison?“ für Deutschland gegenwärtig einen Paradigmenwechsel fest, dessen Fokus sich insbesondere auf die skandinavischen Ländern und Frankreich als dem imaginierten internationalen Level richte. Sie regte an, für den deutschen Fall genauer die Widersprüche zwischen der Rhetorik der Politik, der Praxis und den Erwartungen und Interessen verschiedener sozialer Gruppen und Generationen in Ost- und Westdeutschland zu analysieren.

Den zweite Panel „Family Policies in Comparison“ eröffnete die Soziologin Ute Gerhard (Universität Frankfurt/M.) mit dem Vortrag „Comparing Family Policies in Western Europe“. Sie gab zunächst einen Überblick über die Pluralität von privaten Lebensformen in Europa nach 1945 und interpretierte diese als Indikatoren von sozialem Wandel. Nach dem „Golden age of Marriage“ der 1950/60er-Jahre begann die Ehe an Bedeutung zu verlieren und die Scheidungsraten nahmen zu. Am Beispiel von Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Schweden vertrat sie die These, dass die unterschiedlichen nationalen Rechtstraditionen in erheblichem Maß das jeweilige Verhältnis von Wohlfahrtsstaat und Familie geprägt hätten. Die Soziologin Jacqueline Heinen (Universität Versailles) verwies in ihrem Vortrag „Comparing Family Policies in Eastern Europe after 1945 in a Gender Perspective“ auf die Ge-

meinsamkeiten unter den postsozialistischen Ländern Osteuropas, die diese trotz beträchtlicher nationaler Unterschiede von westlichen Ländern unterscheiden; so etwa bei der Frauenerwerbsrate und Geburtenrate, der Kinderbetreuung für die 0-3-Jährigen sowie in den Einstellungen zu Ehe und Familie. Nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft, die Familien Arbeitsplatzsicherheit und freien Zugang zu staatlich hoch subventionierten Betreuungs- und Bildungseinrichtungen garantiert habe, für Frauen aber zugleich auch eine hohe Arbeitsbelastung bedeutete, stellte der Übergang zur Marktwirtschaft einen tiefen Einschnitt dar. Die Politikwissenschaftlerin Christina Bergqvist (Universität Uppsala) konstatierte in ihrem Vortrag „Scandinavian Family Policy after 1945 in Comparison“ für die skandinavischen Länder, dass dort das traditionelle Breadwinner-Modell, bei dem nur der männliche Verdienener Familienleistungen und Steuervergünstigungen erhalte, keine Option war. Insbesondere in Dänemark, Finnland und Schweden habe sich die Familienpolitik seit den 1960er-Jahren an der Nachfrage des Arbeitsmarktes und dem Bedürfnis der Familien, Erwerbsarbeit und Pflegearbeit zu vereinbaren, orientiert. Auf Geschlechtergleichheit basierende familienpolitische Maßnahmen wie Elternzeit hätten zu der weltweiten Reputation der skandinavischen Familienpolitiken beigetragen.

Im dritten Panel „The Time Politics of Child Care and Pre-school Education“ mit zwei Sektionen wurden einzelne nationale Entwicklungspfade genauer in den Blick genommen. Die Soziologin Jeanne Fagnani (Universität Paris 1-CNRS) fokussierte ihren Vortrag „Child Care and Caring Time Policies in France: Old Challenges and New Tensions“ auf die gegenwärtige Situation in Frankreich, wo die Frauenerwerbsquote traditionell hoch sei und Kinderkrippen einen guten Ruf besäßen. Sie konstatierte einen wachsenden Einfluss des Arbeitsmarktes auf Erziehung und Betreuung in staatlichen Einrichtungen. Deren Öffnungszeiten würden sich den zunehmend deregulierten Arbeitszeiten anpassen. Anschließend wies die Soziologin Celia Valiente (Universidad Carlos III in Madrid) in ihrem Vortrag „Pre-School Education in Spain after 1930“ darauf hin, dass Child Care in

Spanien seit dem Ende des Franco-Regimes 1975 ein stetig wachsender Bereich wohlfahrtsstaatlicher Politik gewesen sei. Zu erklären sei die Verbesserung im staatlichen Angebot an Vorschulen im postautoritären Spanien mit der argumentativen Verbindung von Bildung und Armutsvermeidung in der Politik aller Regierungen, unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit. Kinderbetreuung sei somit immer schon Teil der Bildungspolitik gewesen, die entsprechenden Betreuungseinrichtungen würden als Schulen definiert. Der Soziologe Kevin J. Brehony und die Historikerin Kristen D. Nawrotzki (Froebel College, Roehampton University London) stellten in ihrem Vortrag „Neither Social Democratic nor Neoliberal: Childcare and Early Years' Education Policies in England since 1945“ fest, dass England beim Betreuungsangebot für Klein- und Vorschulkinder noch Anfang der 1970er-Jahre weit hinter anderen europäischen Ländern zurück gelegen habe. Anschließend habe die neoliberale Politik der Thatcher-Regierung zu einer Verstärkung der sozialen Ungleichheit geführt, da sie Kinderbetreuung hauptsächlich als Familienaufgabe ansah. Seit Beginn der Regierung von New Labor habe die Zahl an vorschulischen Kinderbetreuungseinrichtungen zugenommen, wobei sich vor allem ein wachsender Markt privater Betreuungsangebote herausgebildet habe.

Im Anschluss widmete Tora Korsvold (The Norwegian University of Science and Technology, Trondheim) ihren Vortrag „The Development of Child Care and Pre-School Education in Norway and Sweden after 1945“ der Frage, wie spezifische Zeitpolitiken in der staatlichen Kinderbetreuung in Skandinavien etabliert wurden und welche Rolle dem Staat dabei zukam. Bei allen Unterschieden im einzelnen – gemeinsam sei beiden Ländern seit den 1960/70er-Jahren ein aktiver Staat, der für Mütter und Väter die Zeitverwendung für Erwerbsarbeit und Care durch sozialpolitische Programme und Dienstleistungen regulierte, der das Verhältnis von Arbeitsmarkt, Gender und Wohlfahrtsstaat umbaute und Elternschaft politisierte. Die Soziologin Hana Haskova (Academy of Sciences of the Czech Republic) schilderte in ihrem Vortrag „Public and Private Child Care and Pre-School Education in pre1989 and post1989 Czech Socie-

ty“, wie in der CSSR in den 1950er-Jahren ganztägige Kindergärten trotz eines dramatischen Rückganges der Geburtenrate zunehmend ausgebaut wurden. Der Ausbau der institutionalisierten Kinderbetreuung sei eng mit der wachsenden Frauenerwerbstätigkeit verbunden, die gleichwohl die geschlechtsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes reproduzierte. Für die 1980er-Jahre lasse sich mit der Einführung und Verlängerung des Mutterschaftsurlaubes eine stärkere Differenzierung der Geschlechterrollen feststellen.

Der vierte Panel „The Time Politics of School Education in Comparison“, mit drei Sektionen, war der vergleichenden Betrachtung von Bildung, Erziehung und Betreuung in der Schule gewidmet. Die Historikerin Karen Hagemann analysierte in ihrem Vortrag „A West German 'Sonderweg'? Women, Work, and the 'Time Politics' of Public Education“ die Diskurse und Politiken, die in der Bundesrepublik Deutschland das dominante Halbtagsmodell bis heute stützen. Sie konstatierte eine starke Pfadabhängigkeit bei den institutionellen und rechtlichen Strukturen des öffentlichen Systems der Kinderbetreuung und der Schulen von der Weimarer Republik bis heute. Der NS habe dabei die Ablehnung jeder Form von Gemeinschaftserziehung erheblich verstärkt. Zudem habe das hegemoniale Breadwinner-Housewife-Modell, das in seiner modernisierten Variante Teilzeitarbeit gestattete, die geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Familie und Gesellschaft nachhaltig geformt, die politischen Diskurse und institutionellen Strukturen bis heute geprägt und so die Ausweitung von ganztägigen Einrichtungen entscheidend behindert. Hagemann unterstrich des weiteren die Bedeutung des Kalten Krieges und des besonderen deutsch-deutschen Verhältnisses „zwischen Abgrenzung und Verflechtung“, welche die „Zeitpolitik des Halbtagsmodells“ im westdeutschen Bildungssystem in starkem Maße geformt hätten. Diesem Interpretationsrahmen folgte auch die Historikerin Monika Mattes (Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam), die in ihrem Vortrag „Time Politics' in the East German Education System in the 1960/70s“ die zunehmende Verbreitung und 'Normalisierung' von mütterlicher Erwerbsarbeit und Ganztagsbetreuung

nachzeichnete. Vieles spreche dafür, dass Ostdeutschland den traditionellen Pfad nur teilweise verlassen habe. So sei abgesehen von der kurzen Episode der 'Tagesschule' die normale Halbtagsschule fortgeführt und mit einer nachmittäglichen Betreuung im Hort verbunden worden. Zwar sei die Frauenerwerbsquote hoch gewesen, rund ein Drittel habe allerdings in den 1970er-Jahren Teilzeit gearbeitet. Für Österreich, das mit Deutschland die Tradition der Halbtagsschule teilt, stellte die Erziehungswissenschaftlerin Ulrike Popp (University of Klagenfurt) in ihrem Vortrag „The All-Day School in Public Discourses and Policies in Post-1945 Austria“ fest, dass man dort seit Mitte der 1970er-Jahre ganztägige Erziehung in Pilotprojekten erprobt habe. Mit dem Schuljahr 2006/07 müsse eine Schule Nachmittagsbetreuung bereitstellen, wenn mindestens 15 Schüler bzw. Eltern diese nachfragten. Interviews zeigten jedoch, dass die traditionelle Vorstellung der Ganztagschule als soziale Kompensationseinrichtung für berufstätige Arbeitereltern und allein erziehende Mütter nach wie vor verbreitet sei und insbesondere Mütter 'ihr Recht' auf ihre Kinder am Nachmittag forderten.

Der Vortrag des Erziehungswissenschaftlers Wolfgang Hörner (Universität Leipzig) „The French-All-Day School and its History since 1945“ hielt für die französische Variante der Ganztagschule fest, dass dort „Ganztagserschulung“ und Schulpflicht historisch eng zusammengehören. Indem die ganztägige Schule für alle Klassenstufen kostenfrei sei, zeige das französische Beispiel, wie über Bildungspolitik Sozial- und Familienpolitik gemacht würde. Als Effekte dieser Schulorganisation sah Hörner die hohe Frauenerwerbsrate und Geburtenrate in Frankreich. Gegenüber dem deutschen Vorurteil einer französischen ganztägigen 'Lernfabrik' betonte Hörner den eher sanften Lehrplan und die sozialen Aspekte des gemeinschaftlich verbrachten Schulalltags. Der Erziehungswissenschaftler Agostino Portera (Universität Verona) wies in seinem Vortrag „Development of Education Policies and the Public Discourse on All-Day Schools in Italy after World War II“ darauf hin, dass in Italien die Idee ganztägiger Schulorganisation auf die 1960er-Jahre zurück gehe, als insbesondere von linken Päd-

agogen gegen die Klassenstruktur des italienischen Bildungssystems protestiert worden sei. Kennzeichnend sei heute der offene Charakter italienischer Ganztagschulen, der auf eine enge Verbindung von Schule und lokaler Gemeinde zurückgehe. Die Erziehungswissenschaftlerin Claudia Crotti (Universität Bern) skizzierte in ihrem Vortrag „The Changing Swiss Educational System – The Impact of All-Day Schooling“ die angesichts des starken Föderalismus extreme Heterogenität der schweizerischen Schullandschaft. Umso erstaunlicher wirke daher die Erklärung der Schweizer Konferenz der Bildungsminister aller Kantone, das Bildungssystem bis 2013 zu vereinheitlichen und dabei ganztägige Schulbildung einzuführen. Bislang basierte das Bildungssystem auf privaten Formen von 'Care' und dem Breadwinner-Modell, was durch den späten Eintritt der Frauen in die politische Arena begünstigt wurde. Bisher seien erst im deutschsprachigen Teil Ansätze der Implementierung erkennbar. In größeren Städten wie Genf und Lausanne im französischsprachigen Teil gebe es traditionell mehr ganztägige Schulen.

Der Erziehungswissenschaftler Anatoli Rakhkockhine (Universität Hildesheim) sprach in seinem Vortrag „Time Politics in Russian School Education since 1945“ über die historisch sich verändernden Begründungen für schulische Ganztagserschulung in Russland. In den 1950/60er-Jahren sei neben der zunehmenden Frauenerwerbsarbeit das generelle Misstrauen des Staates gegenüber den ideologisch ungenügenden Erziehungsleistungen der Familie ein wesentliches Motiv für die Einrichtung von Ganztagschulen und Internaten gewesen. In den 1970/80er-Jahren habe sich eine pronatalistische Familienpolitik einen stimulierenden Effekt für die Geburtenrate versprochen. Im Anschluss erläuterte die Erziehungswissenschaftlerin Sally Tomlinson (Universität Oxford) in ihrem Vortrag „The Time Politics of British Education after 1945: Relations between Education Policy, Gender and the Labor Market“ für Großbritannien den sozialdemokratischen Nachkriegskonsens, der darin bestanden habe, dass Bildung und Erziehung mehr soziale Gerechtigkeit herstellen sollen und die Regierung dafür verantwortlich sei. Nach

1979 habe eine radikale Restrukturierung von Bildung und Wohlfahrt unter den konservativen Regierungen begonnen, welche unter der Regierung von New Labour fortgesetzt worden sei. Hinter einer Rhetorik von Integration und sozialem Zusammenhalt hätten sich unter dem Einfluss von Humankapitaltheorien zunehmender Wettbewerb und Privatisierung im Schulbereich entfaltet. Abschließend hob die Erziehungswissenschaftlerin Lisbeth Lundahl (Umea University) in ihrem Vortrag „The History of Time Politics of School Education in the Scandinavian Countries after 1945“ hervor, dass für die nordischen „sozialdemokratischen“ Wohlfahrtsstaaten die Gleichheit der Bildungschancen und ein hohes Maß an sozialer Integration charakteristisch seien, wobei soziale Gleichheit und ökonomisches Wachstum gleichermaßen die Zielgrößen bilden. Traditionell habe es eine starke Tendenz an Standardisierung im Bildungsbereich gegeben, für die der Staat als zentraler Akteur der Garant gewesen sei. Aktuell nehme allerdings der Einfluss der Politik ab und der des Marktes zu. Dennoch werde das Gesamtschulsystem nicht in Frage gestellt und die soziale Segregation sei im internationalen Vergleich noch gering.

Der fünfte und letzte Panel vereinte unter dem Titel „The Social Consequences of Different Models of Time Politics in Child Care and Schools in Comparison“ drei disziplinäre Perspektiven. Der Erziehungswissenschaftler Ludwig Stecher (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt/M.) sprach in seinem Vortrag „The Consequences for Children of Different Time Models in Pre-School and Elementary School Education“ über die Auswirkungen verschiedener „Care Arrangements“ auf die Entwicklung von Vor- und Grundschulkindern. Nach den wenigen vorliegenden empirischen Studien förderten etwa Ganztagschulen die soziale Entwicklung. Außerschulische Förderprogramme verbesserten insgesamt die Lernleistung und -motivation und senkten die Gewaltbereitschaft. Einen anderen Zugang wählte die Politikwissenschaftlerin Angelika von Wahl (San Francisco State University) in ihrem Vortrag „Pathways to a Low Childrate: German Family and Labor Force Policies in a Comparative Perspec-

tive“, in dem sie die in Deutschland populäre Behauptung, Frauenerwerbstätigkeit reduziere die Geburtenrate, durch einen internationalen Vergleich in Frage stellte. Tatsächlich zeige der Blick auf die internationale Statistik, dass erwerbstätige Frauen nicht weniger, sondern mehr Kinder hätten. Im deutschen, nach Esping-Andersens Typologie konservativ-korporatistischen Wohlfahrtsregime sei die Schwierigkeit für Frauen, Erwerbsarbeit und Familie zu vereinbaren, eine institutionelle Folge des Breadwinner-Housewife-Modells. Der folgende Vortrag von Livia Sz. Oláh (Universität Stockholm) mit dem Titel „Childbearing Trends and the Time Politics of Early Child Hood Education in Europe“ stütze diesen Befund aus demografischer Sicht. Die Fertilitätsrate sei in solchen Ländern höher, wo es eine öffentliche Bereitstellung von Kinderbetreuung gebe. Auch die Zeitpolitik der bereitgestellten Kinderbetreuung beeinflusse, wenn sie eine Realisierung des Dual-Earner-Modells ermögliche, die Geburtenrate positiv.

In ihrem Schlusswort fasste Karen Hagemann die vielfältigen Dimensionen von Zeitpolitik im Kindergarten-, Vorschul- und Grundschulbereich zusammen, deren Analyse sich auf das Zusammenspiel von Betreuungs- und Bildungsangeboten im Tages-, Wochen- und Jahresablauf beziehen müsse. Die Zeitstruktur des Angebots beeinflusse zusammen mit dessen Qualität, die in erheblichem Maße von der Raumausstattung, dem pädagogischen Ansatz und der Qualifikation und Motivation der ErzieherInnen und LehrerInnen abhängen, nachhaltig die sozialen Chancen von Kindern. Hagemann betonte, welche enorme wissenschaftliche Herausforderung ein Vergleich zwischen der großen Zahl der vorgestellten Länder und Systeme bedeute. Die Vorträge und die Diskussion der Tagung haben den multiperspektivischen Ansatz des Projektes bestätigt, der sich auf folgende Faktoren konzentrieren sollte:

1. die historisch gewachsenen rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen des Erziehungs- und Schulsystems, insbesondere die Rolle des Staates und (soweit überhaupt zugelassen) der Status freier Träger (wie der Kirchen, wohltätiger Vereine und sozialer Organisationen) sowie die Entstehungs- und

Entwicklungsgeschichte der Organisation des Erziehungs- und Bildungswesen,

2. die kulturell jeweils vorherrschenden Konzepte von Bildung und Erziehung und dazu konkurrierende Alternativentwürfe, sowie in Verbindung damit die jeweils dominierenden und damit konkurrierende Vorstellungen von den gesellschaftlichen Aufgaben der Familie als Erziehungsinstitution,

3. die kulturell hegemonialen Modelle von der angemessenen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Familie und Gesellschaft sowie Varianten und kritische Gegenentwürfe,

4. die Durchsetzungsfähigkeit verschiedener Interessengruppen im Diskurs über Bildungs- und Erziehungsfragen und im politischen Entscheidungsprozess, und

5. nicht zuletzt die jeweilige Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage eines Landes, dessen Bevölkerungsentwicklung und die Finanzkraft des Staates sowie die gesamtpolitische Konstellation, u.a. das Regierungs- und Herrschaftssystem, jeweilige politische Mehrheiten sowie politische Systembrüche.

Hierbei gelte es Pfadabhängigkeiten zu untersuchen, um Kontinuitäten, kurzfristige Brüche und langfristige Veränderungen zu bestimmen. Warum reproduzierten sich bestimmte Arrangements? Was ist die ‚hidden agenda‘ der verschiedenen nationalen Politiken? Wie korrespondieren politische, soziale und pädagogische Konzepte und implementierte Praktiken? Die Konferenz hat gezeigt, wie konstruktiv und ertragreich der Dialog über Fachgrenzen geführt werden kann. Eine Publikation, die die Ergebnisse der Tagung und des vorausgegangenen Workshops zusammenfasst, ist für 2008 geplant.

Tagungsbericht *The German Half-Day Model: A European Sonderweg? The 'Time Politics' of Child Care, Pre-School and Elementary School Education in Post-War Europe*. 01.03.2007-03.03.2007, Potsdam, in: H-Soz-u-Kult 18.05.2007.